

Misereor-Jahresbilanzpressekonferenz

Berlin, 27. August 2024

Statement Dr. Bernd Bornhorst

Geschäftsführer von Misereor e.V.

S P E R R F R I S T: Dienstag, 27. August 2024, 10 Uhr

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

erlauben Sie mir, dort anzuknüpfen, wo mein Kollege Andreas Frick seine Ausführungen gerade beendet hat: Bei den Themen Geld und Kooperation. Wir haben spätestens seit Beginn des Ukrainekrieges deutlich vor Augen geführt bekommen, wie wichtig internationale Kooperation und Partnerschaften sind. Wenn wir verlässliche Partner in der Welt suchen, müssen wir auch Partnerschaft leben. Entwicklungszusammenarbeit kann hierfür ein wichtiges Instrument und eine Frage der Glaubwürdigkeit sein. Schauen wir uns die aktuellen Weichenstellungen in der deutschen Politik an: Die Bundesrepublik ist drauf und dran, einen anderen Weg einzuschlagen: Die geplanten deutlichen Einsparungen im Etat für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe senden das Signal aus, dass nationale Interessen Vorrang vor globaler Solidarität haben sollen. Aus Sicht von Misereor ist dieser Kurs mehr als kurzfristig. Wenn wir unserer Verantwortung zur Linderung von Notlagen und Krisen nicht in ausreichendem Maße gerecht werden, riskieren wir einen weiteren Rückgang an globaler Stabilität. Was nichts anderes bedeutet, als dass besagte Notlagen und Krisen zunehmen könnten und wir auch in Deutschland die Folgen zu spüren bekämen. Was wir heute nicht gemeinsam global angehen, wird uns morgen noch mehr Anstrengungen und Geld kosten. Entwicklungspolitik ist nicht gleichbedeutend mit dem Verteilen von Almosen, sondern ein wichtiger Baustein internationaler Kooperation, die eher wichtiger als weniger wichtig wird. Mit Entwicklungszusammenarbeit exportiert von Deutschland aus, sind nicht nur Hoffnung, Krisenvorbeugung, etc. verbunden, sondern auch Werte wie Demokratie, Partizipation, Gerechtigkeit. Selbst wenn man nicht mehr der Meinung ist, dass es uns schon aus moralischen Gründen gut ansteht, zu helfen, sollte man diese Effekte auch mal bedenken. Kaum ein Politikbereich dokumentiert im Übrigen seine Wirkung so genau wie die Entwicklungszusammenarbeit. Das können Sie bezogen auf Misereor auch unserem Jahresevaluierungsbericht entnehmen, denen wir Ihnen heute zusammen mit unserem Jahresbericht vorlegen.

Globale Stabilität werden wir natürlich nicht allein mit einem angemessenen Entwicklungs-Etat im Bundeshaushalt gewährleisten. Ich appelliere an die Bundesregierung, auch auf einem weiteren politischen Feld konsequenter und umfassender zu handeln: der Überschuldung benachteiligter Staaten. Mehr als 3,3 Milliarden Menschen leben in Ländern, die mehr für die Begleichung ihres Schuldendienstes ausgeben als für Bildung oder Gesundheit. Gelder, die in den Schuldendienst fließen, stehen nicht zur Verfügung, um die weiter wachsende Armut, die Klimakrise und den fortschreitenden Hunger zu bekämpfen. Was das konkret bedeutet, erleben unsere Partner im globalen Süden hautnah.

So in Kenia: Massenproteste vor allem junger Leute erschütterten zuletzt das Land im Osten Afrikas. Zunächst ging es um ein umstrittenes Steuergesetz, das Präsident William Ruto inzwischen wieder zurückgezogen hat. Nun geht es gegen die Regierung insgesamt, um Verschwendung und Korruption. Die Schuldenlast des Landes ist erdrückend: Ende 2023 beliefen sich die Verbindlichkeiten auf 86 Milliarden US-Dollar. Das entspricht fast drei Vierteln der jährlichen Wirtschaftsleistung. In zehn Jahren hat sich die Schuldenlast mehr als verfünffacht, ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt fast verdoppelt. Wir sehen den einzigen Ausweg aus dem Teufelskreis neuer, immer teurerer Refinanzierungen in einem umfassenden Schuldenerlass, der Kenia eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung ermöglicht und Menschen vor harten Sparmaßnahmen bewahrt. Unsere Partner aus Kenia, die vielfach im Berufsbildungssektor Projekte durchführen, berichten, dass durch die Sparmaßnahmen im Bildungssektor die Zukunftschancen junger Menschen aus ärmeren Einkommensgruppen und ihre Beteiligung an der Entwicklung des Landes massiv eingeschränkt werden. Hier wird mit dem Sparzwang viel Potential für die Zukunft des Landes nicht genutzt. Statt die Kosten der aktuellen Krise durch regressive Steuern auf die ärmsten Bevölkerungsschichten abzuwälzen oder gar zu glauben, Entwicklungszusammenarbeit könnte hier etwas reparieren, müssen auch die ausländischen Gläubiger von Kenia durch Schuldenstreichungen an den Krisenkosten beteiligt werden.

Zweites Beispiel, Sri Lanka, ein Land, das im Mittelpunkt der Misereor Fastenaktion 2025 stehen wird: Dieser Staat ist seit dem Frühjahr 2022 zahlungsunfähig, die vom IWF 2023 verordneten Sparmaßnahmen haben zu drastischen Kürzungen der Sozialausgaben und Steuererhöhungen für einen Großteil der Bevölkerung geführt.

Natürlich sind die hier aufgeführten Krisensituationen das Ergebnis externer und interner Fehlentscheidungen, und hochkomplexe Zusammenhänge wirken hier ein. Dennoch kommt, wenn es um Lösungswege geht, auch Deutschland eine wichtige Rolle zu, denn es geht vor allem auch um politischen Willen. Chancen dazu gibt es in den kommenden Monaten reichlich. Deutschland hat politisch sowohl in der G7 als auch in der G20 und bei den wichtigen multilateralen Institutionen ein großes Gewicht. Die Bundesregierung sollte daher ihr Versprechen im Koalitionsvertrag erfüllen und sich international dafür einsetzen, ein faires und transparentes Staateninsolvenzverfahren auf den Weg zu bringen sowie die Beteiligung privater Gläubiger an ausreichend umfassenden Schuldenerlassen verbindlich zu regeln.

Als dem Leiter der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit bei Misereor beschäftigen mich neben strukturellen Fragen wie der Notwendigkeit eines großzügigen Schuldenerlasses leider auch zunehmend akute Krisenherde. Immer häufiger sind wir in unserer Arbeit gezwungen, statt an den strukturellen Ursachen von Hunger und Ausbeutung zu arbeiten, auf aktuelle Notsituationen zu reagieren, wie z.B. dem Krieg in Gaza,

Wir alle sehen fast täglich die schrecklichen Bilder von existenzieller Not und massiver Zerstörung im Gaza-Streifen. Wir teilen das Entsetzen über die brutalen und menschenverachtenden Terroranschläge der Hamas am 7. Oktober 2023 und haben diese mehrfach aufs Schärfste verurteilt. Wir stehen an der Seite der von Gewalt und Hass betroffenen Menschen in Israel und sorgen uns um die noch festgehaltenen Geiseln in den Händen der Hamas. Nicht weniger ausdrücklich stehen wir an der Seite der Menschen im Gazastreifen, die seit inzwischen mehr als zehn Monaten unter einem katastrophalen Krieg leiden. Mehr als zwei Millionen Menschen steht eine Hungersnot bevor. Sauberes Wasser ist im gesamten Gazastreifen kaum noch in ausreichender Menge vorhanden. Wasseraufbereitungsanlagen sind größtenteils zerstört oder können wegen Treibstoffmangel nicht betrieben werden. Auch wenn Misereor mit Unterstützung der KZE seinen Schwerpunkt in langfristigen Entwicklungsprojekten hat, engagieren sich die Partnerorganisationen auch in der Nothilfe: Lebensmittelpakete mit Mehl, Reis, Öl und Zucker sowie Obst und Gemüse werden im gesamten Gazastreifen verteilt.

Auch die Ausgabe von warmen Mahlzeiten an hunderte Familien ist vorgesehen. Misereor plant außerdem, die Installation von kleineren, solarbetriebenen Entsalzungsanlagen zur Wasseraufbereitung zu finanzieren. Diese können in Flüchtlingsunterkünften die Versorgung mit Trinkwasser für tausende Vertriebene sicherstellen. Wir fordern in diesem Kontext auch heute die Bundesregierung auf, sich gegenüber den Kriegsparteien mit allen Mitteln dafür einzusetzen, dass in Gaza ein Waffenstillstand zu Stande kommt und so weitere Menschenleben gerettet werden können.

Ein weiteres Beispiel ist der Konflikt im Sudan. Seit 16 Monaten bekämpfen sich die sudanesisch-Armee und die Miliz Rapid Support Forces (RSF). Zehntausende Menschen starben, jeder fünfte Bürger wurde vertrieben, davon 2 Millionen Menschen in die Nachbarländer. In der Region hungern auch in Folge des Krieges Millionen Menschen. Misereor unterstützt in dieser Situation Nothilfprojekte in den Nachbarländern, wie Südsudan, Tschad und Ägypten, um die Not der Geflüchteten zu lindern. Die Menschen werden medizinisch versorgt, erhalten Nahrungsmittel und werden mit Saatgut und Landwirtschaftsgeräten ausgestattet, damit sie sich schnellstmöglich selber ernähren können. Fakt ist, dass der UN nicht ausreichend Gelder zur Verfügung stehen, um der humanitären Katastrophe ausreichend zu begegnen. Wir fordern daher eine massive Aufstockung der internationalen Hilfgelder auch aus Deutschland und ein stärkeres Bemühen Europas, Einfluss in der Region zu nehmen. Die Konferenz zu Waffenstillstandsgesprächen in der Schweiz letzte Woche hat gezeigt, wie weit entfernt die Region von einer Lösung des Konflikts ist.

Auch für diese Notsituationen brauchen wir in der EZ mehr und nicht weniger Mittel. Diese Krisen dürfen uns in Deutschland nicht egal sein. Weggucken wäre unmenschlich. Daher komme ich auch zum Schluss nochmals kurz auf meinen Eingangsgedanken zurück: Nationale Interessen gegen internationale Verantwortung und Kooperation auszuspielen, ist nicht nur unmenschlich, sondern auch hochgefährlich. Wir sollten nicht in die Falle rechtspopulistischer Kreise tappen, die sich die Entwicklungspolitik ganz bewusst rausgesucht haben, um das Narrativ „Wir zuerst“ weiter zu bedienen. „Abschotten“, „die Anderen“ gegen „uns“ ausspielen, sägt an den Pfeilern und Werten der Demokratie, die auf Ausgleich, Teilhabe und Gemeinschaft aufgebaut ist. Wir brauchen mehr und nicht weniger internationale Kooperation. Deswegen wiederhole ich meinen Appell: Bleiben wir solidarisch, sparen wir nicht an der Unterstützung verarmter und benachteiligter Menschen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!